

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2018/21

3. Sitzung vom Montag, 25. Juni 2018, 18.00 – 21.50 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Dr. André Kirchhofer, Ratspräsident

Protokollführer

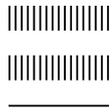
Dr. Fabian Humbel, Stadtschreiber

Anwesend

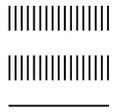
- 38 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates

Entschuldigungen

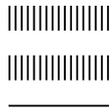
- Stefan Giezendanner, Einwohnerrat
- Christian Läubli, Einwohnerrat



Traktandenliste	Seite
1. Mitteilungen	39
2. Einbürgerungen 7 Einbürgerungsgesuche (GK 42 bis GK 48)	40
3. Jahresbericht und Jahresrechnung GK 39 Jahresbericht und Jahresrechnung 2017 der Einwohnergemeinde	41
4. Hochbau und Liegenschaften GK 49 Gemeindevertrag Uerkheim/Zofingen zur Übertragung von Aufgaben der kommunalen Bauverwaltung	45
5. Schulwesen GK 50 Schulsozialarbeit – Genehmigung des Gemeindevertrages über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Zofingen und der Gemeinde Strengelbach	47
GK 51 Schulinformatik – Ressourcenanpassung Support	48
6. Parlamentarische Vorstösse GK 16 Postulat der Fraktion DYM (CVP, EVP, glp, Parteilose) vom 20. März 2017 betr. Überprüfung der Rechtsform des Seniorenzentrums Zofingen (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)	52
GK 17 Postulat der SP/JUSO-Fraktion vom 26. Juni 2017 betr. Evaluation der Einführung einer Tagesschule (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)	55
GK 19 Postulat der SP/JUSO-Fraktion vom 18. September 2017 betr. befristeter, zweckgebundener Investitionszuschlag (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)	55
GK 20 Interpellation von Jakob Lang (FDP) vom 23. Oktober 2017 betr. Bibliothek Zofingen – Zukunftsstrategie (Begründung; Antwort Stadtrat)	56
GK 21 Interpellation der SP/JUSO-Fraktion vom 23. Oktober 2017 betr. Tempo 30-Zone an der Brittnauerstrasse (Begründung; Antwort Stadtrat)	56



GK 40 Postulat der SVP-Fraktion vom 14. März 2018 betr. Beschattung am Kinderfest auf dem Heitern (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)	56
GK 57 Dringliche Interpellation von Irma Jordi (CVP) vom 25. Juni 2018 betr. Zofinger Stadtbach als Hochwassergefahr (mündlich eingereicht)	57
7. Umfrage	59



Begrüssung

André Kirchhofer, Ratspräsident

Der Präsident begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die anwesenden Medienschaffenden sowie die Zuhörenden und Gäste auf der Tribüne und gibt die Entschuldigung von Einwohnerrat Stefan Giezendanner bekannt. Abwesend ist ausserdem Einwohnerrat Christian Läubli. Stadtrat Dominik Gresch wird leicht verspätet erscheinen und Stadträtin Christiane Guyer stösst um 18.50 Uhr zur Sitzung hinzu.

Der Rat ist mit **38 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Die zur Diskussion gestellte – aktualisierte – **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**. Der Präsident weist nochmals darauf hin, dass **GK 52 Tennis- und Squashhalle – Zustimmung zur Überarbeitung und vorzeitigen Verlängerung des Baurechtsvertrages** vom Stadtrat **zurückgezogen** wurde, weil die FGPK aufgrund frisch aufgetauchter Unklarheiten in alten Vertragswerken eine nochmalige Überprüfung des Geschäftes verlangte.

Mitteilungen

Die **redaktionelle Lesung** des **Reglements über das Bestattungs- und Friedhofwesen** der Stadt Zofingen (Friedhofreglement) durch die FGPK ist am 17. Mai 2018 erfolgt. Am 30. Mai 2018 hat der Stadtrat davon Kenntnis genommen und entschieden, dass die **Inkraftsetzung** des Friedhofreglements **per 1. Juli 2018** erfolgt. Die definitive Version des Reglements wird den Ratsmitgliedern an der heutigen Sitzung als Tischaufgabe abgegeben.

Zum Geschäft **Ortsplanung – Teilrevision Bauzonen und Kulturlandplan, Umsetzung 1. Paket** wurde eine 9er-Spezialkommission gebildet. Diese besteht aus folgenden Mitgliedern: Marco Negri (SVP), René Schindler (SVP), Viviane Hösli (SP), Christian Nöthiger (SP), Ruedi Günthardt (FDP), Tobias Hottiger (FDP), Mischa Berner (DYM/glp), Andrea Plüss (DYM/EVP) und Daniel Hölzle (Grüne/Alternative). Mischa Berner (DYM/glp) stellt sich als Präsident zur Verfügung. Die Nominierten sind gebeten, im Anschluss an die Sitzung noch im Saal zu bleiben, damit sich die Kommission konstituieren kann.

Am letzten Freitag wurde das erneut aktualisierte **Adressverzeichnis** sowie die angepasste **Sitzordnung** (Wechsel des Fraktionschefs bei der SVP) per E-Mail verschickt.

Die Einwohnerratsmitglieder haben als **Tischaufgabe** erhalten:

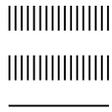
- Definitives Friedhofreglement mit Anhängen
- Jahresbericht 2017 des Städtischen Museums
- Geschäftsbericht 2017 der StWZ Energie AG
- Einladung der Kinderfestkommission zum Behördenapéro

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 19. März 2018** gilt als **genehmigt**; die Frist für Änderungs- und Ergänzungsbegehren ist am 27. April 2018 abgelaufen.

Neueingänge

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Dringliche Interpellation von Irma Jordi (DYM/CVP) betr. Zofinger Stadtbach als Hochwassergefahr



- Interpellation der Fraktion DYM (CVP, EVP, glp, Parteilose) betr. Quartierspielplatz Haselweg (Parzelle 1516)
- Motion der Fraktion DYM (CVP, EVP, glp, Parteilose) betr. Reorganisation des Stadtrates Zofingen
- Motion von Robert Weishaupt (CVP) betr. "Aus gutem Grund: Abgabe von städtischen Grundstücken und Immobilien nur noch im Baurecht"

Art. 16

Einbürgerungen

GK 42 bis GK 48

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Geschäfte GK 42 bis GK 48 werden gemeinsam beraten. Die Abstimmungen erfolgen jedoch einzeln.

Barbara Willisegger, Referentin FGPK

Am 7. Juni 2018 hat die FGPK gestützt auf die vorgängige Prüfung durch Stadtrat und Einbürgerungskommission allen Gesuchen ohne Diskussion und einstimmig (8:0 Stimmen) zugestimmt. Gemäss seriösen Prüfungen der Einbürgerungskommission sind alle bestens integriert und erfüllen die rechtlichen Voraussetzungen. Dem Rat wird deshalb empfohlen, die Gesuche ebenfalls gutzuheissen.

Eintreten ist nicht bestritten. Das Wort wird nicht verlangt. Es folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

GK 42

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

GK 43

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

GK 44

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

GK 45

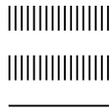
Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

GK 46

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

GK 47

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen zugestimmt.



GK 48

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

Den Antragstellerinnen und Antragstellern wird vom Ratspräsidium gratuliert.

(Applaus)

Art. 17

Jahresbericht und Jahresrechnung

GK 39

Jahresbericht und Jahresrechnung 2017 der Einwohnergemeinde

Robert Weishaupt, Präsident FGPK

Die FGPK hat anhand der geltenden Vorschriften die Rechnung von Mitte März bis Ende April 2018 geprüft und legt den Erläuterungsbericht vor. Dieser konnte studiert werden und wird nicht nochmals ausgeführt. Der vom Stadtrat präsentierte Abschluss fällt besser aus als budgetiert. Die Selbstfinanzierung reicht jedoch nicht aus, um alle Investitionen zu decken. Es konnten lediglich 72.7 % der Investitionen gedeckt werden. Somit stiegen die Schulden von CHF 743 auf CHF 883 pro Einwohner an. Es waren jedoch einige Sondereffekte zu verzeichnen. Das Unwetter kostete ca. CHF 700'000. An Rückstellungen und Wertberichtigungen waren CHF 270'000 Abweichung zu verbuchen, im Hochbau war eine Abweichung von ca. CHF 290'000 zu verzeichnen. Die Pflegekosten stiegen um CHF 781'000 an, und die wirtschaftliche Hilfe erhöhte sich um CHF 322'000. Hinzu kommt noch eine vorsorgliche Rückstellung von CHF 117'000 für das Fiasko Haselweg. Ohne diese Effekte wäre die "schwarze Null" erreichbar gewesen. Das Budget ist nie ganz präzise, und die schnelllebige Wirtschaft wirkt sich sofort aus. Alle Steuerarten konnten gegenüber dem Budget um insgesamt CHF 1.366 Mio. zulegen, und die StWZ AG bezahlte eine höhere Dividende. Der Nettoaufwand stieg von CHF 29 Mio. auf CHF 32 Mio. Dafür zur Hälfte verantwortlich sind die Pflegefinanzierung und das Unwetter. Der Stadtrat und die Verwaltung haben die beeinflussbaren Kosten im Griff. Die Steigerungen erfolgten vor allem im nicht beeinflussbaren Bereich.

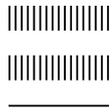
Nach vier aufeinander folgenden Jahresrechnungen, die gegenüber dem Budget positiver abgeschlossen haben, will der Stadtrat künftig eine Selbstfinanzierung von ca. CHF 7.5 Mio. pro Jahr anstreben, um die anfallenden Investitionen zu decken. Budgetdisziplin ist also weiterhin gefordert.

Der Erläuterungsbericht der FGPK wurde gekürzt und verschlankt. Die gestrichenen Passagen sind in den ordentlichen Unterlagen bereits enthalten. Neu im Erläuterungsbericht sind auf den Seiten 26 und 27 Empfehlungen der FGPK enthalten. Nächstes Jahr kann dann verglichen werden, welche dieser Empfehlungen umgesetzt wurden und welche nicht.

Aufgrund des Hochwassers und der deswegen nötigen Umpriorisierung der Ressourcen konnte nur eine Kreditabrechnung fertiggestellt und durch die FGPK geprüft werden.

Zur Zukunft der Betriebskommission des Seniorenzentrums soll bis Herbst 2018 ein Bericht durch den Stadtrat erarbeitet werden. Die Betriebskommission stammt aus einer anderen Zeit und hat in der heutigen Form keine Berechtigung mehr.

Die FGPK hat die Anträge des Stadtrates beraten und empfiehlt die Anträge 1 bis 3 sowie 4.2 und 4.3 einstimmig zur Annahme. Antrag 4.1 wird mit 6:2 zur Annahme empfohlen. Hingegen ist die FGPK einstimmig der Ansicht, dass Antrag 4.4 abgelehnt werden muss. Die Abschreibung soll auf



einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Die vorgenommenen Anpassungen im Bereich Hochbau und Liegenschaften müssen zuerst wachsen können. Massnahmen wurden zwar eingeleitet, aber es braucht nun Resultate, bevor die Abschreibung ins Auge gefasst werden kann. Eventuell muss man noch weiter investieren, um eine nachhaltig gute und günstige Lösung zu erreichen. Ausserdem sollte das Organigramm der Bauverwaltung an der Spitze nicht zwei Boxen haben, sondern nur eine einzige.

Zum Schluss bedankt er sich bei Sonja Bühler für ihre Arbeit als Aktuarin der FGPK, welche die Kommission massgeblich unterstützt. Er spricht seinen Kommissionsmitgliedern für das grosse Engagement in diesem intensiven ersten halben Jahr ein grosses Dankeschön aus. In seinen Dank mit eingeschlossen ist auch die Verwaltung, insbesondere die Finanzverwaltung, sowie der Stadtrat für die fairen Diskussionen und die gute Zusammenarbeit.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Eine Jahresrechnung ist wie ein Zahnarztbesuch. Das jährliche Ritual ist immer etwas von Ängsten begleitet. Zwar gibt es selten Grund zu Pessimismus, aber man weiss es im Vorfeld nie ganz genau. Plötzlich taucht etwas Schmerzhaftes auf. Die Erleichterung folgt jeweils nach der Behandlung des Abschlusses. Auch die Rechnung 2017 bringt ein strahlendes Lächeln und Erleichterung hervor.

2017 ergab ein erstaunlich erfreuliches Resultat, trotz gestiegenen gebundenen Ausgaben und den Kosten für das Unwetter. Dennoch konnten CHF 6.5 Mio. Selbstfinanzierung realisiert werden. Deshalb gebührt einerseits all denen ein Dank, die sich Tag für Tag nach dem Budget "strecken". Andererseits ist auch den "Dentalhygienikern" der FGPK für ihre Arbeit zu danken. Zur Jahresrechnung selber erfolgt noch der Hinweis, dass die Sternchen mit den Kommentaren wertvoll sind, allerdings dürften diese noch systematischer gesetzt werden.

Bei den Vorstössen ist sich die Fraktion nicht ganz einig. Bei Antrag 4.1 sehen wir, dass die Strukturen im Hochbau zwar aufgegleist sind, aber abgeschlossen ist der Prozess noch nicht. Insbesondere nicht die Klärung der Gesamtorganisation Bauverwaltung mit Hochbau und Tiefbau. Die Mehrheit der Fraktion möchte deshalb den Vorstoss noch nicht abschreiben und bittet um Unterstützung dafür. Bezüglich Antrag 4.4 wird die FGPK-Haltung unterstützt, der Vorstoss soll noch nicht abgeschrieben werden.

Das Optimierungsprogramm 2019 soll mit Augenmass umgesetzt werden. Die Diskussionen im Rahmen der FGPK+ setzen wichtige Leitplanken für die diesbezüglichen Diskussionen des Stadtrates.

Ein guter Befund im einen Jahr ist keine Garantie für einen ebensolchen im Folgejahr. Die Fraktion DYM ist aber zuversichtlich, dass auch die nächste Rechnung positiv ausfallen wird.

Moritz Weber, Fraktionschef SVP

Die SVP-Fraktion folgt allen Anträgen ausser der Abschreibung des Vorstosses in Antrag 4.4 und dankt dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Verwaltung für das Engagement und die Arbeit. Der Jahresbericht dokumentiert die grossen Bemühungen. Der Stadtrat wird gebeten, den Dank an die Verwaltung weiter zu geben. Die SVP teilt zwar die positive Einschätzung der Vorredner, macht aber darauf aufmerksam, dass auf der Aufwandseite weiterhin Disziplin notwendig ist. Deshalb wird der Stadtrat aufgefordert, die Massnahmen des Optimierungsprogrammes umzusetzen. Bei der Sozialhilfe sind die beeinflussbaren Kosten zu senken. Im Seniorenzentrum sind ebenfalls Optimierungen vorzunehmen.

Maja Freiermuth, Fraktionschefin FDP

Die Rechnung ist seit mehreren Jahren erfreulich, auch wenn beim Budget jeweils eher Ängste geschürt werden. Erfreulich ist die gute Entwicklung der Steuereinnahmen. Eine Übersicht über die in

der Zukunft nötigen Investitionen lässt hingegen weiter auf sich warten. Die FDP stimmt den Anträgen grösstenteils zu. Das abzuschreibende Postulat der FDP betr. effizientere Leistungserbringung dank E-Government (Antrag 4.3) forderte eine neue Website und einen Online Schalter. Die Website wurde zwar umgesetzt, der Online Schalter hingegen so gut wie nicht. Deshalb soll das Postulat noch nicht abgeschrieben werden.

Liliane Hofer, Fraktionschefin SP

Es wurde genug über Zahlen gesprochen, deshalb soll der Blick nach vorne gerichtet werden. Die SP-Fraktion dankt Stadtrat und Verwaltung für den sehr guten Rechnungsabschluss. Zofingen stellt ein attraktives Angebot bereit. Deshalb müssen die geplanten Sparmassnahmen mit Blick auf Attraktivität und Solidarität der Stadt gut abgewogen werden. Die Investitionen benötigen zwar viele Ressourcen, die SP empfiehlt aber, zukunftsgerichtete Investitionen zu tätigen, von denen man später profitieren kann. Kurzfristig werden zwar Mittel beansprucht, längerfristig lohnen sie sich aber. Bei der Pflegefinanzierung und der Sozialhilfe sollen innovative Projekte berücksichtigt werden, welche den Kosten entgegenwirken, die Lebensqualität der betroffenen Personen aber aufrechterhalten. Die SP stimmt mit Ausnahme von Antrag 4.4 allen Anträgen zu.

Matthias Hostettler, Fraktionschef Grüne/Alternative

Er dankt der Verwaltung und der FGPK für die gute Arbeit. Besonderes Lob wird für die Bewältigung des Unwetters ausgesprochen. Mit dem OXIL gibt es in Zofingen endlich wieder einmal eine Kulturplattform für ein jüngeres Publikum. Auch mit der externen Kinderbetreuung wurde ein guter Schritt gemacht. Da jedoch grosse Investitionen bevorstehen, sollten keine Steuersenkungen ins Auge gefasst werden. Auch die Grünen/Alternativen stimmen mit Ausnahme von Antrag 4.4 den stadträtlichen Anträgen zu.

Eintreten ist nicht bestritten.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die **Jahresrechnung** wird im Detail beraten und abschnittsweise zur Diskussion gestellt.

Dominik Gresch, Stadtrat

Er ergänzt zu **Konto 2.2120.4231.01 Elternbeiträge Aufgabenhilfe** (Seite 52), dass die Eltern 56 % der Beiträge bezahlen. Der Anteil der Stadt beträgt 44 %. Diese Frage wurde im Rahmen der Rechnungsprüfung gestellt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

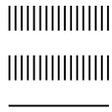
Der **Jahresbericht** wird ebenfalls kapitelweise zur Diskussion gestellt.

Miriam Ruf-Eppler, DYM/EVP

Sie hat zur **Erfolgskontrolle der Jahresziele 2017** eine Frage zu den **Ressorts Alter, Gesundheit** und **Kinderfest** (Seite 16). Die Themen "Ärztliche Grundversorgung in Zofingen" sowie die "Restkosten Pflegefinanzierung" werden als Schwerpunkte in die Jahresplanung aufgenommen. Wie kann zu diesen Themen eine Erfolgskontrolle erfolgen? Die Problemerkennung ist noch kein Ziel, bei welchem man den Erfolg messen kann.

Rahela Syed, Stadträtin

Man ist bemüht, eine genügend grosse Zahl Hausärzte in Zofingen zu halten. Es werden laufend Gespräche mit verschiedenen Vertretern der Gesundheitsversorgung geführt, die leider noch nicht den



gewünschten Erfolg gebracht haben. Bei der Pflegefinanzierung stehen die Chancen schlecht, trotzdem möchte man erreichen, dass der Finanzierungsmodus geändert wird.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Bei den Pflegekosten kann kein direktes Ziel gesetzt werden, weil sie nicht konkret beeinflusst werden können. Allerdings sind im Grossrat insgesamt 9 Zofinger Einwohnerinnen und Einwohner vertreten, deshalb wird versucht, die politischen Möglichkeiten auszuschöpfen und über das kantonale Parlament Einfluss zu nehmen. Der Stadtrat wollte mit diesen beiden Zielen verdeutlichen, dass auch bei diesen Themen nicht einfach die Hände in den Schoss gelegt werden.

Pascal Stenz, FDP

Im **Ressort Kommunikation (Erfolgskontrolle der Jahresziele 2017, Seite 12)** wird erwähnt, dass die Website kundenfreundlich ausgebaut ist. Wie wurde die Kundenfreundlichkeit gemessen? Gibt es einen Zusammenhang mit der elektronischen Geschäftsverwaltung? Wie erfolgen die Prüfungen und welche Massnahmen werden daraus abgeleitet?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Es wäre möglich, eine Umfrage zur Kundenfreundlichkeit der Website durchzuführen. Das wäre allerdings sehr teuer. Bei den Klickzahlen der einzelnen Rubriken ist aber eine grosse Steigerung festzustellen. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahlen nur steigen, wenn die Informationen richtig und ansprechend bereitgestellt werden. Auf weitere externe Analysen wurde aus Kostengründen verzichtet. Die erfolgten Rückmeldungen waren jedoch durchwegs positiv.

Nachdem das Wort zum Jahresbericht nicht mehr verlangt wird, folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Der Jahresbericht der Einwohnergemeinde für das Jahr 2017 sei zu genehmigen.*

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen angenommen.

2. *Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde für das Jahr 2017 sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

3. *Die Abrechnung über den nachfolgenden Verpflichtungskredit sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:*

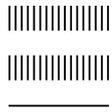
- 3.1 *Schulanlage Mühlethal: Projektierung, Erneuerung Wärmeerzeugung und Erweiterung Schulanlage mit Kindergarten (Kto. 4.2170.5040.14)*

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen angenommen.

4. *Folgende Postulate seien als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben:*

- 4.1 *GK 7 (39) Postulat der Fraktion DYM (CVP, EVP, glp) vom 24. März 2014 betr. Überprüfung und Organisation Hochbau*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 25:12 Stimmen (1 Enthaltung) zugestimmt.



4.2 GK 8 (49) Postulat der SP-Fraktion vom 20. März 2014 betr. Strategie und Organisation der Zofinger erzo-Delegation

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen angenommen.

4.3 GK 9 (66) Postulat der FDP-Fraktion vom 20. Oktober 2014 betr. effizientere Leistungserbringung dank E-Government

Der stadträtliche Antrag wird mit 24:11 Stimmen (3 Enthaltungen) abgelehnt, womit das Postulat nicht abgeschrieben wird.

4.4 GK 12 (102) Postulat der FGPK vom 12. Oktober 2015 betr. Organisation und Struktur der Bauverwaltung Zofingen

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen abgelehnt, womit das Postulat nicht abgeschrieben wird.

Art. 18

Hochbau und Liegenschaften

GK 49

Gemeindevertrag Uerkheim/Zofingen zur Übertragung von Aufgaben der kommunalen Bauverwaltung

Michael Wacker, Referent FGPK

Die FGPK hat das Geschäft am 7. Juni 2018 geprüft. Die Meinungen waren gespalten. Einige waren der Ansicht, dass die Bauverwaltung noch nicht wie gewünscht funktioniert. Es gibt Bedenken, weil die Stellen zwar besetzt sind, die Mitarbeitenden ihre Arbeit aber teilweise erst noch aufnehmen werden. Der Leiter Hochbau konnte die geplante Strategie jedoch nachvollziehbar aufzeigen. In der Diskussion hat sich ergeben, dass den Einen eine Zustimmung heute Abend zu früh ist, während die Anderen eine Realisierung mit einem gewissen unternehmerischen Risiko als machbar erachten.

Nachdem die Gemeinde Uerkheim bereits vor Jahresfrist angefragt hat und man sie damals auf später vertrösten musste, scheint für eine Mehrheit der FGPK nun der richtige Zeitpunkt gekommen. Ab Mitte Oktober sind alle Mitarbeitenden in der Bauverwaltung im Einsatz. Bei einer Zustimmung des Einwohnerrates wird die Bauverwaltung ab Januar nochmals mit einem 80%-Pensum aufgestockt. Es wäre für beide Parteien eine Win-win-Situation, da diese Lösung für Uerkheim günstiger und näher wäre, während Zofingen die Flexibilität noch erhöhen könnte. Zudem wurde eine kostendeckende Lösung ausgearbeitet.

Vor gut zwei Wochen hat die Gemeindeversammlung Uerkheim das Geschäft mit grosser Mehrheit gutgeheissen. Auch die FGPK hat dem Geschäft zugestimmt allerdings mit der Forderung, dass die Leistungen für Uerkheim separat und transparent ausgewiesen werden müssen, damit die Kostendeckung nachvollzogen werden kann. Die FGPK empfiehlt mit 6:2 Stimmen, diesem Geschäft zuzustimmen.

Erich Roth, DYM

Die Fraktion DYM hat diese Vorlage intensiv diskutiert. Die Situation ist ausführlich dargelegt und auch die Dynamische Mitte schliesst sich der Ansicht bezüglich Win-win-Situation an. Die Argumen-

te der FGPK-Mitglieder können teilweise nicht nachvollzogen werden. Nachvollziehen kann man beispielsweise die Argumentation im Bereich Kapazitätsaufbau in der Bauverwaltung oder die Kostenberechnung. Weniger nachvollziehbar sind diejenigen Argumente, welche eher aus Trotz geäußert wurden, weil Uerkheim die Fusion abgelehnt hat. Bezüglich der Kapazitäten ist es so, dass die Vakanz vor dem 1. Januar 2019 gefüllt sind. Deshalb muss die Chance genutzt werden, insbesondere, weil Zofingen als Kernstadt eine Zentrumsfunktion wahrnehmen will. Deshalb wird die Fraktion DYM dem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen.

Marco Negri, SVP

Für die SVP-Fraktion kommt dieses Geschäft zu früh. Erst vor einem Jahr hat der neue Leiter Hochbau die Herkulesaufgabe "Sanierung Hochbau/Liegenschaften" angetreten. Es musste ein riesiger Berg Aufarbeitungsarbeiten geleistet werden. Das damals verloren gegangene Vertrauen ist noch nicht vollständig wiederaufgebaut, auch wenn Guido Hodel und sein Team hervorragende Arbeit leisten. Die Wunden der Vergangenheit lassen sich aber nicht so schnell beseitigen. Viele Aufgaben müssen noch an die Hand genommen werden (z.B. Portfoliostrategie, Hauswartpool etc.). Zwar sollen diese Aufgaben mit der Stellenaufstockung abgefangen werden. Das mag teilweise bei den Mitarbeitenden stimmen, gilt jedoch nicht für den Leiter Hochbau. Alle Schlüsselentscheide (auch diejenigen für Uerkheim) müssen durch ihn abgesegnet werden, was ihm wertvolle Zeit raubt. Diese sollte besser für das bisherige Tagesgeschäft und die Aufarbeitung eingesetzt werden. Die Übernahme neuer Aufgaben würde einem Verheizen des Teams gleichkommen, insbesondere, weil das Team noch nicht komplett und eingearbeitet ist. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion die Übernahme im heutigen Zeitpunkt ab. Die Ablehnung richtet sich weder gegen Uerkheim noch gegen die Bauverwaltung, sondern ist ein Schutz für das Team. Sobald der Bereich Hochbau und Liegenschaften nachhaltig bewiesen hat, dass alle Kernprozesse reibungslos funktionieren, steht auch die SVP-Fraktion hinter der kommunalen Aufgabenübertragung. Das Team soll noch ein Jahr Bewährungsfrist erhalten, danach kann Uerkheim auf einen tollen und nachhaltigen Partner zählen.

Jan Bachmann, FDP

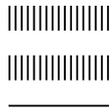
Auch die FDP-Fraktion hat diese Vorlage länger diskutiert und Vergleiche zu anderen Gemeinden gezogen. Es wird sich zeigen, ob der Zeitpunkt jetzt optimal ist. Verschiedene Fragen, wie Auslastung der Bauverwaltung und das Stellenpensum, das Thema Zentrumsgemeinde, die Verrechnung der Leistungen, die Prioritätengewichtung zwischen Kundengeschäften und eigenen Aufträgen, wurden diskutiert. Die Abwägungen sowie die Ausführungen von Guido Hodel und des Stadtrates ermöglichen der FDP-Fraktion die einhellige Zustimmung zu diesem Geschäft.

Sandra Olar, SP

Die Argumentation der SVP erstaunt. Die Bauverwaltung soll nicht in eine geschützte Werkstatt verwandelt werden. Wenn die Betroffenen überzeugt sind, die zukünftigen Aufgaben bewältigen zu können, soll man ihnen das zutrauen. Es gewinnen drei Parteien: die Bauverwaltung Zofingen kann ihre Flexibilität erhöhen und den Overhead mitfinanzieren (Skaleneffekte). Die Gemeinde Uerkheim erhält eine günstigere Lösung und auch die Region gewinnt. Die Abwicklung von Baugesuchen muss einen guten Standard erreichen, davon profitiert der ganze Bezirk. Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage geschlossen zu.

Daniel Hölzle, Grüne/Alternative

Auch die Grünen/Alternativen stimmen der Vorlage zu. Man muss die Bauverwaltung nicht vor sich selber schützen. Durch grössere Einheiten ist eine höhere Professionalisierung möglich, was ein Gewinn für Zofingen bringt. Die Grünen/Alternativen sind der Meinung, dass Fusionen angestrebt werden sollten, die Gemeindeverträge stellen kein Hindernis für diese Bestrebungen dar.



Eintreten ist nicht bestritten.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Er dankt zunächst für das grosse Vertrauen in die Bauverwaltung, welches aus den Voten hervorgegangen ist. Auch das Votum der SVP-Fraktion wird als Unterstützung geschätzt. Es sollte aber nicht mehr zugewartet werden. Die Bauverwaltung ist bereit, die Aufgaben anzupacken, auch wenn es nochmals extra Einsatz benötigt. Aber es bringt der Bauverwaltung längerfristig sehr viel. Mit Uerkheim wurde über ein allfälliges Warten gesprochen. Die Gemeinde muss aber aufgrund des Drucks der Stimmbürger jetzt handeln. Eine Ablehnung in Zofingen wäre ein schlechtes Zeichen für die Zukunft. Der Vizeammann bedankt sich für die Unterstützung.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Vorlage und der Vertrag mit Anhang werden im Detail beraten. Nachdem das Wort nicht verlangt wird, folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Der Gemeindevertrag mit der Einwohnergemeinde Uerkheim für die Übertragung von Aufgaben der kommunalen Bauverwaltung an den Bereich Hochbau und Liegenschaften der Stadt Zofingen sei zu genehmigen und der daraus resultierenden Pensenaufstockung um insgesamt 80 % sei zuzustimmen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 29:9 Stimmen angenommen.

Sitzungspause

Art. 19

Schulwesen

GK 50

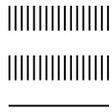
Schulsozialarbeit – Genehmigung des Gemeindevertrages über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Zofingen und der Gemeinde Strengelbach

Liliane Hofer, Referentin FGPK

In immer kürzeren Abständen wird Zofingen für Zusammenarbeiten angefragt. Das spricht für die Professionalität der Verwaltung. Die FGPK hat dem Geschäft einstimmig zugestimmt. Für die Stadt können die Deckungsbeiträge durch die Vollkostenrechnung erhöht werden. Der fachliche Austausch und das höhere Know-how ermöglichen eine Qualitätssteigerung. Durch das Angebot vor Ort ist es für die Schüler niederschwellig erreichbar. Es ist durchaus möglich, dass auch noch ein Antrag für die Oberstufe folgen wird. Die FGPK empfiehlt einstimmig Zustimmung.

Rudolf Günthardt, FDP

Die Vorlage entspricht der Politik der Vergangenheit. Zofingen hat der Zusammenarbeit mit Drittgemeinden immer zugestimmt, wenn sie sinnvoll ist und die Dienstleistungen kostendeckend erbracht werden können. Diese Vorgaben werden im vorliegenden Geschäft erfüllt, daher wird die FDP-Fraktion der Vorlage zustimmen.



Raphael Lerch, SVP

Aus Sicht der SVP-Fraktion macht die Zusammenarbeit Sinn. Bewährte und eingespielte Strukturen werden genutzt und die Kosten werden in Rechnung gestellt. Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Anders Sjöberg, DYM

Auch in der Fraktion DYM ist die Vorlage unbestritten. Für Zofingen entstehen keine zusätzlichen Kosten und entsprechende Synergien können genutzt werden.

Franziska Kremer, SP

In fast jeder Sitzung im Einwohnerrat werden Geschäfte zur Zusammenarbeit behandelt. Die SP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu und schliesst sich der Argumentation der FDP an. Als Zentrumsgemeinde werden diese Leistungen gerne erbracht und es ist wichtig, dass Zofingen diese Aufgaben übernimmt. Gleichzeitig ist aber wichtig, diese Leistungen im gleichen Mass und in gleicher Qualität für die Einheimischen zu erreichen. Das geht nur mit genügend und gut ausgebildetem Personal.

Daniel Hölzle, Grüne/Alternative, hat die Zustimmung zu diesem Geschäft bereits bei seinem vorherigen Votum geäussert.

Eintreten ist nicht bestritten.

Dominik Gresch, Stadtrat

Strengelbach hat den vorliegenden Gemeindevertrag bereits genehmigt. Der Einwohnerrat wird deshalb eingeladen, dem Vertrag ebenfalls zuzustimmen. Es laufen aktuell Gespräche mit Brittnau und Strengelbach, das Angebot auch auf die Oberstufe auszudehnen.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Vorlage wird im Detail beraten. Nachdem das Wort nicht verlangt wird, folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Der Gemeindevertrag mit Strengelbach für die Übernahme der Aufgaben für Schulsozialarbeit mit Wirkung ab 1. August 2018 sei zu genehmigen und der daraus resultierenden Pensenaufstockung um insgesamt 55 % sei zuzustimmen.

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen angenommen

GK 51

Schulinformatik – Ressourcenanpassung Support

Anders Sjöberg, Referent FGPK

Die FGPK hat sich mit dem Geschäft intensiv auseinandergesetzt und eine knappe Mehrheit hat dem Antrag des Stadtrates zugestimmt. Im Jahr 2011 wurden verschiedene Konzepte geprüft – u.a. die Zusammenlegung der Schulinformatik mit der städtischen Informatik. Die heutige Lösung mit einer separaten Schulinformatik wurde einerseits aus Kostengründen gewählt, andererseits aber auch, weil diese Informatik zusätzlich eine ausgeprägte pädagogische Unterstützung benötigt. Die pädagogische Unterstützung beinhaltet Schulungen, interne Weiterbildungen und schulspezifischen Support für die Schulverwaltung, Lehrpersonen und Schüler. Die Schulinformatik würde nun im Licht des neuen Lehrplanes geschwächt, wenn die Ressourcen nicht zur Verfügung stehen. Es müssten

zudem Stellen abgebaut werden. Eine knappe Mehrheit der FGPK empfiehlt die Vorlage zur Annahme.

Rudolf Günthardt, Referent FGPK (Vertretung **Minderheitsmeinung**)

Bis anhin bestand kein Plan B, deshalb erstaunt die Aussage, dass bei einer Ablehnung Stellen abgebaut werden müssen. Eine Erläuterung dazu drängt sich auf. Die Minderheit der FGPK ist der Meinung, dass diese Ausgabe plan- und voraussehbar war. Deswegen gehört sie ins Budget. Auch die Aufstockung der Geräte erfolgt über den laufenden Budgetprozess. Sowohl in der Vorlage als auch in der Debatte an der FGPK-Sitzung wurde immer wieder auf die Vorlage von 2011 verwiesen. Im damaligen Protokoll kann nachgelesen werden, dass bereits das damalige Geschäft kontrovers diskutiert wurde (z.B. das Zusammenlegen mit dem Support der Stadt). Es wurde dazumal schon gefragt, ob es Aufgabe einer Lehrperson ist, die IT-Infrastruktur zu warten. Damals wurde versprochen zu prüfen, ob der nicht pädagogische Support anders gelöst werden kann. Es stellt sich die Frage, ob die damaligen Aussagen alle geprüft und umgesetzt wurden. Eine nochmalige genaue Prüfung der Vorlage ist nötig. Eine Berücksichtigung im Budget ist trotzdem noch möglich.

Martin Willisegger, SVP

In der SVP-Fraktion sind unbeantwortete Fragen trotz Auskünften von Dritten offengeblieben. Die Schulinformatik generell ist unbestritten. Die Erhöhung des Stellenetats basiert jedoch auf nicht nachvollziehbaren Fakten. In der Informatik arbeitet man täglich daran, den Support zu reduzieren und zu optimieren. Den Support einzig an der Anzahl Geräte zu messen, verwundert. Bei hoher Supportqualität können mehr Geräte pro Supporter betreut werden. Der bisherige Effizienzgewinn würde durch die beantragte Aufstockung neutralisiert. Wichtiger wäre zu wissen, wie sich die Anzahl Supportfälle entwickelt hat. Diese Zahlen fehlen gänzlich. Im Weiteren wird ausgeführt, dass bisher durch die Stadtinformatik supportete Geräte neu durch die Schule betreut werden. Durch den Wechsel werden Zusatzkosten generiert, weil es mehr Stellen bei der Schule gibt und der Stadt Einnahmen entgehen. Sodann wird der technische Support durch Lehrer sichergestellt. Das ist nicht optimal, weil der Lohn eines professionellen ICT-Supporters tiefer ist als der einer Lehrperson. Deshalb wird ein Rückweisungsantrag gestellt, damit in einer neuen Vorlage klare Fakten und der Einfluss auf die Stadtinformatik aufgezeigt werden können. Ebenso ist zu begründen, weshalb die Tätigkeit des technischen Supportes nicht ausschliesslich durch einen professionellen ICT-Supporter übernommen werden kann.

André Kirchhofer, Ratspräsident

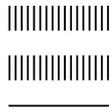
Es folgt die Diskussion über den Rückweisungsantrag.

Dominik Gresch, Stadtrat

Er bittet um Ablehnung des Rückweisungsantrages. Der Einwohnerrat hat dem grundsätzlichen Konzept 2011 zugestimmt. Dieses hat sich bewährt, es wird effiziente und kostengünstige Arbeit geleistet. Dieser Weg soll weiter so beschritten werden.

Maja Freiermuth, Fraktionschefin FDP

Die FDP-Fraktion hat sich ähnliche Gedanken gemacht, ist jedoch zu einem konstruktiveren Schluss gelangt. Während der Beratungen wird ein Antrag erfolgen, der eine Lösung bringen könnte. Deshalb soll dem Rückweisungsantrag nicht gefolgt werden.



Michael Wacker, SP

Auch die SP-Fraktion hat intensive Diskussionen geführt und einen parlamentarischen Vorstoss vorbereitet. Er bittet deshalb ebenfalls um Ablehnung des Rückweisungsantrags.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, folgt die Abstimmung über den Rückweisungsantrag.

Der Rückweisungsantrag der SVP wird mit 29:8 Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt.

Pascal Stenz, FDP

Die Schule benötigt für den Support zusätzliche Ressourcen. Dies scheint plausibel und wird von der FDP-Fraktion auch unterstützt. Ein Dorn im Auge ist jedoch die Herangehensweise. Der Antrag ist oberflächlich und die Argumente sind nicht transparent formuliert. Angeblich gibt es keinen Plan B. Falls es einen solchen doch geben sollte, wäre man sehr interessiert, diesen zu erfahren. Die FDP-Fraktion kritisiert, dass nur eine interne Lösung angestrebt wird und keine externen Partner berücksichtigt werden. Ausserdem sind die Kosten sehr hoch. Es resultiert ein Monatslohn von ca. CHF 10'000. Für den technischen Support ist dies viel zu viel. Die FDP-Fraktion will nicht an der Bildung sparen, aber es soll mit den richtigen Mitteln am richtigen Ort mit den richtigen Leuten die entsprechende Leistung erbracht werden. Andere Gemeinden zeigen, dass solche Dienstleistungen extern ausgelagert werden können. Daraus resultiert der folgende Ersatzantrag für den bisherigen Antrag 2:

Eine Auslagerung des technischen Supports an einen externen Dienstleister sei auszuschreiben und bei entsprechenden Angeboten zu prüfen. Die Entscheidung über die Vergabe des Auftrags ist bei vergleichbarer Qualität von Angeboten nach wirtschaftlichen Kriterien zu treffen. Ein dem Aufwand entsprechender Nachtragskredit für das Jahr 2018, der jedoch den Betrag von CHF 22'000 nicht überschreitet, sei zu genehmigen.

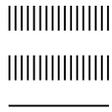
Andrea Plüss, DYM

Dieses Geschäft war in der Fraktion DYM unbestritten. In den letzten sieben Jahren hat sich die Anzahl Geräte um rund 30 % erhöht, was einen höheren Support bedingt. Auf längerfristige Sicht ist eine Erhöhung der Ressourcen unumgänglich. Die Dynamische Mitte erwartet, dass diese zusätzlichen Stellenprozente mit Bedacht auf mehrere Personen verteilt werden, so dass man nicht von einer Person allein abhängig ist.

Michael Wacker, SP

Auch die SP-Fraktion hat dieses Geschäft lange und intensiv diskutiert und kann der Vorlage grossmehrheitlich zustimmen. Man behält sich aber vor, korrigierend einzuwirken, weshalb das Einreichen eines Postulats geplant ist. Ein grosser Teil des Einwohnerrates scheint Bedenken zu haben, ob das Konzept von 2011 noch richtig und aktuell ist. Der Support muss aber ab anfangs August 2018 funktionieren. Man kann durchaus eine Ausschreibung lancieren, aber die verbleibende Zeit reicht für die Evaluation nicht aus. Er appelliert daher an die Ratsmitglieder, dem Antrag heute zuzustimmen. Anschliessend können die Fachleute im Rat mit der Stadtinformatik und der Schulinformatik zusammensitzen und sich fundiert informieren. Es soll heute kein Schnellschuss erfolgen, der sich als Eigentor entpuppen könnte.

Eintreten ist demnach nicht bestritten.



Dominik Gresch, Stadtrat

Never change a winning team. Dieser Grundsatz passt gut zur Schulinformatik Zofingen, was auch der früher erwähnte Evaluationsbericht bestätigt. Der eingeschlagene Weg soll weiterverfolgt werden. Der Leiter der Schulinformatik hat die nötigen Ausbildungen absolviert. Ein Outsourcing kann geprüft werden, es gibt gute Beispiele, aber auch solche, die massiv teurer geendet haben. Die heutige Situation hat sich bewährt und die Schulinformatik Zofingen ist für den neuen Lehrplan 21 bestens gerüstet. Die intensiven Diskussionen zeigen, dass es richtig war, das Konzept transparent darzulegen. Er bittet deshalb nochmals um Genehmigung der stadträtlichen Anträge.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Maja Freiermuth, Fraktionschefin FDP

Man vergibt sich nichts, wenn der Ersatzantrag der FDP-Fraktion angenommen wird.

Anders Sjöberg, DYM/glp

Dieser Ersatzantrag kommt zum falschen Zeitpunkt. Die Situation ist sehr komplex, deshalb sollte eine Prüfung in Ruhe erfolgen. Der Antrag ist daher abzulehnen.

Tobias Hottiger, FDP

Um einen Schnellschuss würde es sich handeln, wenn die Zustimmung zum vorliegenden Antrag 2 erfolgen würde. Dann wäre der Entscheid definitiv gefallen und man könnte nicht mehr über Optimierungen diskutieren. Mit dem Antrag der FDP besteht die Chance, eine Auslegeordnung zu machen. Man vergibt sich dadurch nichts. Dass die Zeitspanne so kurz ist, kann nicht der FDP angelastet werden. Die Vorlage ist sehr kurzfristig erfolgt.

Viviane Hösli, SP

Beim Ersatzantrag handelt es sich sehr wohl um einen Schnellschuss. Die bisherige Supportorganisation – technischer und pädagogischer Support gemeinsam – läuft seit 2011 unverändert. Man hätte sieben Jahre Zeit gehabt, einen Vorstoss zur Überprüfung dieser Organisation einzureichen. Natürlich kam die Vorlage kurzfristig, was nicht zufriedenstellend ist, aber es handelt sich um das Weiterführen eines langjährigen Konzepts. Der Antrag der FDP ist daher abzulehnen.

Michael Wacker, SP

Er versteht nicht, dass die FDP zwar dem ersten Antrag zustimmen, den zweiten Antrag aber ablehnen will.

André Kirchhofer, Ratspräsident

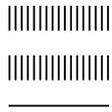
Er geht davon aus, dass der Ersatzantrag der FDP den ersten Antrag des Stadtrates ablösen soll und nicht Antrag 2. Deshalb wird der stadträtliche Antrag 1 dem Ersatzantrag der FDP gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag gelangt in die Schlussabstimmung.

Maja Freiermuth, Fraktionschefin FDP

Sie stimmt den Ausführungen des Ratspräsidenten zu. Der Ersatzantrag betrifft den ersten stadträtlichen Antrag. Antrag 2 wird durch die FDP befürwortet.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Er verliert die beiden Anträge:



1. *Der Stellenetat für den schulischen Informatiksupport sei per 1. August 2018 von 151 auf 190 Stellenprozente aufzustocken (stadträtlicher Antrag).*
1. *Eine Auslagerung des technischen Supports an einen externen Dienstleister sei auszuschreiben und bei entsprechenden Angeboten zu prüfen. Die Entscheidung über die Vergabe des Auftrags ist bei vergleichbarer Qualität von Angeboten nach wirtschaftlichen Kriterien zu treffen. Ein dem Aufwand entsprechender Nachtragskredit für das Jahr 2018, der jedoch den Betrag von CHF 22'000 nicht überschreitet, sei zu genehmigen (Antrag FDP).*

Der **stadträtliche Antrag** erhält **23 Stimmen**, der **Antrag der FDP-Fraktion** vereinigt **14 Stimmen** (1 Enthaltung) auf sich. Daher gelangt der **stadträtliche Antrag 1** zur **Schlussabstimmung**:

2. *Die Nachtragskredite für das Jahr 2018 von CHF 8'800 zugunsten des Kontos 4.2120.3020.02 (Primarstufe Löhne Informatik-Support) und von CHF 13'200 zugunsten des Kontos 4.2130.3020.02 (Oberstufe Löhne Informatik-Support) seien zu genehmigen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 24:10 Stimmen (4 Enthaltungen) angenommen.

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, folgt die Schlussabstimmung über die stadträtlichen Anträge:

1. *Der Stellenetat für den schulischen Informatiksupport sei per 1. August 2018 von 151 auf 190 Stellenprozente aufzustocken.*
2. *Die Nachtragskredite für das Jahr 2018 von CHF 8'800 zugunsten des Kontos 4.2120.3020.02 (Primarstufe Löhne Informatik-Support) und von CHF 13'200 zugunsten des Kontos 4.2130.3020.02 (Oberstufe Löhne Informatik-Support) seien zu genehmigen.*

Der Vorlage wird mit 23:13 Stimmen (2 Enthaltungen) zugestimmt.

Art. 20

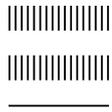
Parlamentarische Vorstösse

GK 16

Postulat der Fraktion DYM (CVP, EVP, glp, Parteilose) vom 20. März 2017 betr. Überprüfung der Rechtsform des Seniorenzentrums Zofingen (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)

Irma Jordi, DYM/CVP

Ihrer Ansicht nach müsste der Stadtrat das Postulat übernehmen. Seitdem die aktuelle Rechtsform des Seniorenzentrums besteht, hat sich die Welt geändert. Mit der Neuordnung der Pflegefinanzierung 2011 wurde die öffentliche Hand zur Übernahme der Restkosten in der Pflege verpflichtet, was zu jährlichen Kosten von ca. CHF 2 Mio. führt. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird die Zahl der Senioren, welche älter als 80 Jahre sind, um die Hälfte ansteigen. Deshalb muss sich das Seniorenzentrum zum Gesundheitszentrum weiter entwickeln. Es muss zur Drehscheibe für viele verschiedene Angebote werden. Nur so werden nicht Pflegebetten mit Personen belegt, die mit entsprechender Unterstützung weiter zu Hause oder in Alterswohnungen bleiben könnten. Die Ausgangslage beim Seniorenzentrum ist gut, aber es muss sich weiterentwickeln.



Sämtliche Argumente des Stadtrates in der Stellungnahme könnten auch für eine Überweisung herangezogen werden. Das Seniorenzentrum ist zu gross, als dass es innerhalb der Stadt geführt werden kann. Schliesslich hat es auch eine eigene Personaladministration für die 180 Mitarbeitenden. Es wäre ja möglich, dass die Finanzverwaltung das Controlling weiterhin macht.

Der Stadtrat spricht von einem hart umkämpften Markt. Dabei handelt es sich um einen Angebotsmarkt. Wer ein gutes Angebot vorweisen kann, wird es auch vermarkten können. Es ist ärgerlich, wenn Institutionen aus Nachbargemeinden in Zofingen ihre Dienstleistungen anbieten und erbringen. Mit der rechtlichen Verselbständigung kann das Seniorenzentrum freier agieren (die strategische Entwicklung kann über einen Verwaltungsrat gesteuert werden). Mit der Verselbständigung könnten auch die Kosten um ca. CHF 2.5 Mio. verringert werden. Das Beispiel der StWZ AG zeigt den Erfolg. Deshalb bittet die Fraktion DYM um Unterstützung und Überweisung des Postulats.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Diskussion ist offen.

Christian Nöthiger, SP

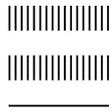
Die SP-Fraktion folgt dem stadträtlichen Antrag und macht die Ablehnung des Postulats beliebt. Mit einer Überweisung soll eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft erreicht werden. Der Leidensdruck wird bezweifelt und das selbständige Leben im Seniorenzentrum hängt keineswegs von der Rechtsform ab. Das Seniorenzentrum muss heute schon marktgerechte Leistungen liefern. Die Defizite werden nicht einfach von der Stadt bezahlt. Es gibt einen Ausgleichsfond, welcher vom Seniorenzentrum wieder ausgeglichen werden muss. Auch würden die Skaleneffekte wegfallen. Zudem würden Kosten für den Verwaltungsrat entstehen, und ob ein solcher besser ist als die aktuelle Führung, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Ein Unterschied wäre natürlich, dass der Erfolg eines Verwaltungsrats wohl am Gewinn gemessen würde. Die Maximierung des Gewinnes ist allerdings nicht das einzige Ziel eines Seniorenzentrums. 2011 wurde von allen Parteien verlangt, dass ein Seniorenzentrum von Zofingen für Zofingen entstehen müsse. Deshalb hat eine Mehrheit der Sanierung zugestimmt. Die Bevölkerung wäre wohl kaum mit einer Privatisierung einverstanden. Auch ist es fraglich, ob es gutgeheissen würde, wenn das von der Stadt eingeschossene Geld einer Aktiengesellschaft überlassen würde. Zudem entfällt bei Gründung einer Aktiengesellschaft die politische Begleitung, Einflussnahme und Kontrolle durch den Einwohnerrat und die FGPK. In den letzten Monaten gab es immer wieder Fragen zum Seniorenzentrum. Sollte dieses eine Aktiengesellschaft werden, könnten solche nicht mehr gestellt werden. Die SP-Fraktion möchte nicht auf ihre Rechte verzichten, deshalb soll das Postulat abgelehnt werden.

Rudolf Günthardt, FDP

Der Stadtrat soll die Angelegenheit prüfen und die verschiedenen Möglichkeiten auflisten. Wenn die Resultate vorliegen, kann im Rat darüber diskutiert werden. Er unterstützt daher den Antrag der Dynamischen Mitte und bittet um Überweisung des Postulats.

Adrian Borer, DYM/glp

Die Auslegeordnung des Stadtrates ist unvollständig und reicht nicht aus. Die unternehmerischen Freiheiten werden nicht behandelt. Die angeblich strukturell höheren Kosten sind unklar. Die Chancen einer anderen Rechtsform sollen ausgeleuchtet werden. Deshalb unterstützt er die Überweisung des Postulats.



Moritz Weber, Fraktionschef SVP

Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Dynamischen Mitte. Dies nicht nur wegen der Rechtsform, sondern wegen einer systemischen Schwäche, nämlich der Rotation der Bettenbelegung. Es ist eine grosse Herausforderung, die Auslastung sicherzustellen. Das braucht mehr Ideen als heute und grosses unternehmerisches Handeln.

Irma Jordi, DYM/CVP

Die SP-Fraktion hat offenbar keine Ahnung, wie die Restkosten zustande kommen. Der Pflegeplatz einer Zofinger Person kann irgendwo im Kanton sein. Die entstehenden Restkosten sind durch Zofingen zu tragen. Es braucht ein Angebot, bei dem die Senioren zu Hause wohnen bleiben und von Dienstleistungen des Seniorenzentrums profitieren können. Was heute angeboten wird, reicht niemals im Licht der demografischen Entwicklung. Es braucht helle Köpfe, die Strategien entwickeln, sonst holen sich die Einwohner die Dienstleistungen auswärts.

Michael Wacker, SP

Er kann die Argumente durchaus nachvollziehen, aber die Rechtsform ist diesbezüglich nicht relevant. Da die SP vermutlich mit ihrem Antrag unterliegen wird, verlangt er eine Aufstellung, welche Kosten durch diesen Vorstoss generiert werden.

Rahela Syed, Stadträtin

Das Anliegen der Fraktion DYM kann nicht nachvollzogen werden. Die Führung eines Betriebs ist eine komplexe Aufgabe, daran ändert eine andere Rechtsform auch nichts. Das Seniorenzentrum ist ein Eigenwirtschaftsbetrieb und hat keine Defizitgarantie bei der Stadt. Es besteht ein Ausgleichstopf, einmal gibt es Gewinne dann wieder Verluste. Es erfolgt auch keine doppelte Rechnungsführung, der Rechnungslegungsstandard der Curaviva wird angewandt. Zudem untersteht das Seniorenzentrum der politischen Kontrolle des Einwohnerrates, bei einer Privatisierung ist dies nicht mehr möglich. Die Lebensqualität steht auch im Seniorenzentrum an erster Stelle. Qualitative Pflege zu vernünftigen Preisen, nicht der Gewinn, steht im Vordergrund. In privaten Heimen besteht oft der Fehlanreiz, möglichst viel Pflege zu möglichst teuren Preisen anzubieten, damit die öffentliche Hand möglichst viel zahlt. Es kann nicht das Ziel sein, mit alten Menschen Geld zu machen. In Aarau hat das Stimmvolk eine Privatisierung klar abgelehnt. Ein Gesundheitszentrum hängt nicht von der Rechtsform ab und beinhaltet auch das Spital und die Spitex. Die Rotation bzw. Sterberate kann nicht beeinflusst werden. Sie bittet daher um Zustimmung zum stadträtlichen Antrag. Eine Überweisung des Postulats wird Kosten verursachen, die natürlich ausgewiesen werden.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Vieles vom Gesagten stimmt, hängt aber nicht von der Rechtsform ab. Er konzentriert sich in seinen Ergänzungen allerdings auf die Finanzen und das Personal. Zum Thema Finanzen: die Restkosten der Pflegefinanzierung sind wirklich ein grosses Problem. Aber mit einer eigenständigen Organisation ausserhalb der Verwaltung wird auf volle Bettenbelegung fokussiert. Dann kommt Zofingen nochmals zum Handkuss als Einwohnergemeinde, weil die Restkosten zu bezahlen sind. Aus Sicht des Finanzvorstehers ist es vorteilhafter, wenn man die Bettenbelegung steuern kann und nicht einfach auf Teufel komm raus belegt wird. Zum personellen Bereich hält er fest, dass es sich lediglich um eine eigene Personaladministration und nicht um eine Personalleitung handelt. Genau da muss auch Einfluss genommen werden. Eine kompetente Personalleitung kann sehr viel bewirken.

Momentan können viele Synergien, die bewusst aufgebaut wurden, gut genutzt werden (z.B. im Bereich Finanzen, Personal, Hochbau, Kommunikation). Eine separate Organisation muss diese Kompetenzen einkaufen. Die Diskussion zeigt die Schwierigkeit der Pflegefinanzierung und die vorhandenen Fehlanreize. Er stellt fest, dass es mit der Beantwortung nicht gelungen ist, dem Plenum die Überlegungen des Stadtrates näher zu bringen.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Die Überweisung des Postulates an den Stadtrat sei abzulehnen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 25:11 Stimmen (2 Enthaltungen) abgelehnt, womit das Postulat überwiesen wird.

GK 17

Postulat der SP/JUSO-Fraktion vom 26. Juni 2017 betr. Evaluation der Einführung einer Tagesschule (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)

Sandra Olar, SP

Bundesrat Schneider-Ammann hat 2011 die Fachkräfteinitiative lanciert. Eine Massnahme ist die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine attraktive Kinderbetreuung ist ein wichtiger Standortfaktor. Mit der Einführung der Tagesstrukturen wurde ein grosser Schritt gemacht, was begrüsst wird. Offensichtlich hat man sich mit dem Thema Tagesschule bisher kaum auseinandergesetzt. In der Schweiz gibt es bereits einige Tagesschulen, so z.B. in Baden oder in verschiedenen Nachbarkantonen. Im Kanton Bern gibt es über 200 Tagesschulen (sogar in Trubschachen mit lediglich 1'450 Einwohnern gibt es eine gut funktionierende und ausgelastete Tagesschule). Mit dem Postulat soll nur geprüft werden, was eine Tagesschule kostet und was sie bringt. Natürlich entstehen Kosten, aber ein grosser Teil der Eltern und auch Firmen wären bereit, etwas dafür zu bezahlen. Sie bittet deshalb um Überweisung des Postulats.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Diskussion ist offen. Nachdem niemand das Wort verlangt, folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Die Überweisung des Postulates an den Stadtrat sei abzulehnen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 18:16 Stimmen (4 Enthaltungen) zugestimmt, womit das Postulat nicht überwiesen wird.

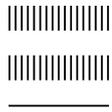
Auf Nachfrage des Präsidenten (§ 9 Abs. 2 Geschäftsreglement) erfolgt stillschweigende Zustimmung zur Fortsetzung der Beratungen.

GK 19

Postulat der SP/JUSO-Fraktion vom 18. September 2017 betr. befristeter, zweckgebundener Investitionszuschlag (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)

Christian Nöthiger, SP

Der Einwohnerrat soll nicht davon überzeugt werden, kantonales Recht zu brechen. In den 90er-Jahren wurde im Kanton Glarus ein zweckgebundener Zuschlag beschlossen. Daher kommt dieser Vor-



schlag. Für den Stimmbürger ist es so transparent und plausibel. Auch im Kanton Glarus ist den Gemeinden ein zweckgebundener Zuschlag nicht erlaubt. Allerdings ist ein entsprechender Vorstoss auf kantonaler Ebene hängig. Nicht ausgeschlossen wäre allerdings eine Steuererhöhung ohne zwingenden Zusammenhang mit einem bestimmten Zweck. Da aber dieses Postulat nicht zulässig ist, wird der Vorstoss zurückgezogen.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Er ist nicht sicher, ob ein Rückzug zulässig ist, deshalb wird die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag durchgeführt:

Die Überweisung des Postulates an den Stadtrat sei abzulehnen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:1 Stimmen (1 Enthaltung) zugestimmt, womit das Postulat nicht überwiesen wird.

GK 20

Interpellation von Jakob Lang (FDP) vom 23. Oktober 2017 betr. Bibliothek Zofingen – Zukunftsstrategie (Begründung; Antwort Stadtrat)

Jakob Lang, Fraktionschef FDP

Die Antwort ist umfassend ausgefallen und hat viele Informationen enthalten. Trotzdem gibt es noch einiges zu tun. Die Antwort ist befriedend ausgefallen. Er hofft auf eine dynamische Umsetzung des Anpassungsprozesses.

GK 21

Interpellation der SP/JUSO-Fraktion vom 23. Oktober 2017 betr. Tempo 30-Zone an der Brittnauerstrasse (Begründung; Antwort Stadtrat)

Michael Wacker, SP

Die SP-Fraktion ist teilweise befriedigt. Es sind gute Inputs enthalten, andere davon führen wohl eher zu philosophischen Diskussionen.

GK 40

Postulat der SVP-Fraktion vom 14. März 2018 betr. Beschattung am Kinderfest auf dem Heitern (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)

Barbara Willisegger, SVP

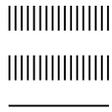
Die SVP-Fraktion bedankt sich für die positive Aufnahme des Postulats und dafür, dass bereits Sonnenschirme angeschafft wurden. Man ist zufrieden mit der gewählten Lösung und hofft natürlich auf schönes Wetter. Trotzdem sollte mit der Abschreibung zugewartet werden, bis sich die Lösung auch bewährt hat.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Diskussion ist offen.

Rahela Syed, Stadträtin

Nebst der Beschattung ist auch Eigenverantwortung gefragt. Zudem werden immer genügend Gratis-Getränke zur Verfügung gestellt. Die Forderungen im Postulat sind erfüllt, weshalb der Vorstoss abgeschrieben werden kann.



André Kirchhofer, Ratspräsident

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Das Postulat sei als erledigt abzuschreiben.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 26:11 Stimmen (1 Enthaltung) zugestimmt und damit das Postulat als erledigt abgeschrieben.

GK 57

Dringliche Interpellation von Irma Jordi (CVP) vom 25. Juni 2018 betr. Zofinger Stadtbach als Hochwassergefahr (mündlich eingereicht)

Irma Jordi, DYM/CVP

Der Stadtbach ist beim letzten Gewitter einmal mehr über die Ufer getreten. Bereits bei der Renaturierung im letzten Jahr haben Anwohner interveniert und darum gebeten, das Ingenieurbüro möge die Situation begutachten. Leider erfolgte keine Reaktion darauf. Auch die Intervention bei der Abteilung Tiefbau und Planung blieb erfolglos. Das Problem ist sehr akut, deshalb soll die Interpellation als dringlich erklärt werden.

Andreas Rügger, Stadtrat

Der Stadtrat wehrt sich nicht gegen die Dringlicherklärung. Er kann die Fragen beantworten. Als Information teilt er mit, dass der problematische Durchlass nächste Woche entfernt wird.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Das Wort wird nicht mehr verlangt, daher folgt die Abstimmung über den Antrag auf Dringlicherklärung.

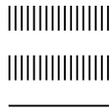
Dem Antrag auf Dringlicherklärung der Interpellation wird mit 37:0 Stimmen (1 Enthaltung) zugestimmt.

Andreas Rügger, Stadtrat

Die kleine Brücke über den Stadtbach, welche als Verbindung zwischen den Parzellen 972 und 3759 dient, weist massive Schäden im Bereich der Natursteinmauer, der Widerlager und der Flügelmauern auf. Die Brücke ist im Grundbuch nicht vermerkt. Es besteht auf der städtischen Bachparzelle keine Dienstbarkeit.

Diverse Nachbarn sind an den Bereich Tiefbau und Planung gelangt und haben Massnahmen gefordert. Sie haben stets Auskunft erhalten. Es gab einen regen Austausch mit den Anwohnenden. Es wurde immer die Auskunft erteilt, dass erst nach Abschluss der Hochwassersanierung Dorfbach/Stadtbach diese weitere Etappe (Abschnitt Seilerei bis Stampfiweiher) an die Hand genommen wird.

Nach dem 8. Juli 2017 und dem Gewitter vom 31. Mai 2018 wurde der Handlungsdruck grösser. Aufgrund des Gesamtzustandes des Durchlasses und der Gefahrenzunahme bei Starkregenereignissen für angrenzende und tieferliegende Liegenschaften kam man zum Schluss, dass eine umgehende Entfernung der Brücke und die Instandstellung des Uferbereiches notwendig sind. Die sehr kurzfristig anberaumten Verhandlungen mit den Beteiligten sind erfolgreich verlaufen und die Brücke wird am 27. Juni 2018 entfernt.



Zu den Aussagen in der Sendung 10 vor 10 steht er nach wie vor. Zofingen hat seine Hausaufgaben gemacht. Mit den jährlichen GEP Tranchen wird das Abwassernetz à jour gehalten und es werden regelmässig diverse Hochwasserschutzprojekte finanziert. Das Ende der Fahnenstange ist aber noch nicht erreicht. Weitere Projekte für Sanierungen und Ersatz von Abwasserleitungen und Hochwasserprojekte stehen an. Hochwasserschutz und GEP ist und bleibt eine Daueraufgabe. Auch im Bereich Hochbau werden die Aufgaben erledigt. So unterstützt Hochbau und Liegenschaften die Bauwilligen bei Abklärungen zum Objektschutz, aber auch in Naturbelangen (z.B. Versickerungslösungen). Es ist wichtig, dass bei Neubauten genügend Grünräume vorhanden sind, die eine Versickerung und Retention ermöglichen. Alle diese Projekte erfolgen in enger Zusammenarbeit mit der Aarg. Gebäudeversicherung AGV.

Zum Vorwurf der Nichtbeantwortung von E-Mails hält Andreas Rügger fest, dass er Abklärungen bei der Bauverwaltung gemacht. Er betont, dass alle eingegangenen E-Mails beantwortet wurden und keine unbeantworteten E-Mails gefunden werden konnten. Ob sie je ankamen, kann nicht mehr nachvollzogen werden (Spam-Mail oder Grösse des Mails).

Der Stadtbach ist im betroffenen Bereich (Abschnitt Seilereibis Stampfiweiher) vollumfänglich im Eigentum der Stadt. Die Stadt ist gegenwärtig mit der Abt. Landschaft und Gewässer in Diskussionen über die Eigentumsübertragung aller städtischen Gewässer. Ein Sanierungsprojekt zwischen Stampfiweiher und Seilereibis ist erst in Entstehung. Gegenwärtig liegt der Hochwasserschutz im Fokus. Es sind ganz aktuell Aufträge an Planer erteilt worden, den Oberflächenabfluss und die Retentionsmöglichkeiten zu prüfen. Ein Ausbau der Kanalisationen kann aber nur im Rahmen der ordentlichen GEP Tranchen erfolgen.

Wie erwähnt, ist der Eigentümer verpflichtet, den Objektschutz zu gewährleisten. Es fällt allerdings auf, dass immer zuerst nach Hilfe des Staates gerufen wird. Er weist darauf hin, dass die Aarg. Gebäudeversicherung AGV die Grundeigentümer zu Objektschutzmassnahmen auffordert und diese auch mit Beiträgen massiv unterstützt.

Beim Trennbauwerk Seilereibis wurde nicht gepfuscht. Das Hochwasser hat beim Auslauf des Trennbauwerks minime Schäden verursacht. Das Gewässer lebt und ist dynamisch. Man will ausdrücklich keine festen Verbauungen mehr. Ein Gewässer ist keine Strasse. Es liegen keine Planungs- und Baufehler vor. Das Projekt ist gut und sinnvoll, nicht zuletzt deswegen wurden Bundesgelder dafür gesprochen. Es wurde gemeinsam mit der Abteilung Landschaft und Gewässer erarbeitet (Projektleitung beim Kanton). Es sind noch kleinere Justierungen im Bereich Trennbauwerk notwendig.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Anliegen der Anwohner ernst genommen wurden. Die Abteilung Tiefbau und Planung kann aber nicht bei jedem Schadenereignis persönlich vor Ort sein. Alleine am 31. Mai 2018 wurden 27 Einsätze der Wasserwehr gemeldet. Weitere Schäden, die nicht zur Kenntnis gebracht wurden, sind wahrscheinlich.

André Kirchhofer, Ratspräsident

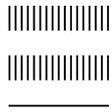
Die Interpellantin wird angefragt, ob sie mit dieser Antwort zufrieden ist.

Irma Jordi, DYM/CVP

Sie bedankt sich für die erteilten Auskünfte, ist aber nur teilweise zufrieden. Es sind noch weitere Probleme vorhanden. In Richtung Mühlethal ist der Moosbach völlig überwachsen; dieser wurde vor drei Jahren renaturiert. Es freut sie, dass nun reagiert wird, allerdings hat man viel zu lange zugewartet.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, gilt die Interpellation als erledigt.



Art. 21

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Jakob Lang, Fraktionschef FDP

Seine Frage betrifft das Kinderfest. Kann der Text zum Singen am Feuer zusammen mit den Fackeln abgegeben werden?

Rahela Syed, Stadträtin

Der Liedtext ist auf der Homepage der Stadt Zofingen unter der Rubrik Kinderfest aufgeschaltet und kann bis zum Anlass auswendig gelernt werden.

Sandra Olar, SP

Aus welchen Gründen schliesst die Badi Zofingen bei schönstem Wetter um 19.00 Uhr?

Peter Siegrist, Stadtrat

Die Badi ist grundsätzlich bis 19.00 Uhr geöffnet. Während der Schulferien ist sie bis 20.00 Uhr offen. Wenn um 18.00 Uhr die Lufttemperatur 20°C beträgt, bleibt das Schwimmbad bis 20.00 Uhr bzw. während den Sommerferien bis 21.00 Uhr geöffnet.

Sandra Olar, SP

Wäre es möglich, im Rahmen einer Digitalisierungsstrategie den Einwohnerratsmitgliedern das WLAN-Passwort bekannt zu geben?

Peter Siegrist, Stadtrat

Er wird die entsprechenden Abklärungen bezüglich Kapazität etc. vornehmen. Die Ratsmitglieder werden die Informationen bis spätestens zur nächsten Sitzung erhalten.

Pascal Stenz, FDP

Beim BZZ stehen seit ca. einem Jahr die Ladestationen für E-Cars. Wie hoch ist deren Auslastung?

Andreas Rügger, Stadtrat

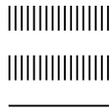
Die Ladestation wird ca. ein- bis zweimal wöchentlich genutzt. Sie ist nicht auf ein grosses Echo gestossen, da der Jahresbeitrag vielen zu teuer ist.

Michael Wacker, SP

Bei der Unterführung Kantonsstrasse 233/Strengelbacherstrasse gab es bereits mehrere Unfälle zwischen Radfahrern und Fussgängern, welche auch zu Spitaleinlieferungen geführt haben. Ist dem Stadtrat die grosse Unfallgefahr bewusst?

Yolanda Senn Ammann, Farbtupfer

Die Situation ist wirklich sehr gefährlich. Werden bald Massnahmen ergriffen?



Andreas Rügger, Stadtrat

Das Problem ist bekannt. Es handelt sich um eine enge Stelle. Aus finanziellen Gründen wurde eine Minimalvariante gewählt. Die Signalisation wurde nach den ersten Vorfällen angepasst und es wurden Bodenmarkierungen aufgebracht. Andere oder weitergehende Lösungen sind nicht möglich.

Michael Wacker, SP

Ist es korrekt, dass am Heitere Open Air auf der Schützenmatte Camper parkiert werden?

Peter Siegrist, Stadtrat

Es wird in diesem Jahr ein Pilotversuch mit Bodenplatten durchgeführt, um Camper parkieren zu können. Das Plattensystem wurde mit dem Werkhof und der Fachstelle Natur und Landschaft geprüft.

Michael Wacker, SP

Ist dem Stadtrat bekannt, dass der Stadtbach aufgrund des missglückten Trennbauwerks auch schon trocken war? Welche Massnahmen gedenkt der Stadtrat diesbezüglich zu ergreifen?

Andreas Rügger, Stadtrat

Beim Trennbauwerk besteht noch ein gewisser Handlungsbedarf. Das Trennschild hat nicht korrekt funktioniert. Dieses muss noch etwas justiert werden.

René Schindler, SVP

Wer ist zuständig für den Bachunterhalt (konkret: Moosbach)?

Andreas Rügger, Stadtrat

Die Kant. Abteilung Landschaft und Gewässer sowie der städtische Werkhof sind gemeinsam zuständig für den Bachunterhalt. Es erfolgen jeweils Absprachen. Da der Bach so stark überwachsen ist, wird eine Prüfung der Situation erfolgen.

Peter Siegrist, Stadtrat

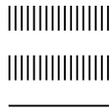
Er ergänzt, dass es hilfreich ist, wenn der Werkhof in solchen Situationen telefonisch verständigt wird, damit die Mitarbeitenden tätig werden können.

Yolanda Senn Ammann, Farbtupfer

Sie ist Mitbewohnerin in einer Begegnungszone (Junkermattstrasse/Wuhrmattstrasse). In der Vergangenheit fuhren sehr viele Autos durch das Fahrverbot, da praktisch keine Kontrollen erfolgten. Seit Bestehen der Begegnungszone werden jedoch grosszügig Bussen verteilt. Es interessiert sie deshalb, ob noch Parkfelder für die Besucher realisiert werden, wie dies an einer Orientierungsversammlung mitgeteilt wurde.

Andreas Rügger, Stadtrat

An der Informationsveranstaltung wurde klar kommuniziert, dass in einer Begegnungszone keine Parkierungen möglich sind, ausser es werden Parkfelder markiert. Im Auflageprojekt, welches unanfechtbar in Rechtskraft erwachsen ist, waren keine Parkfelder vorgesehen. Sollte von den Anwohnenden eine solche Markierung gewünscht werden, müsste das Projekt nochmals aufgelegt werden.



Christiane Guyer, Stadträtin

Die Situation an der Wuhrmattstrasse kann als Beispiel herangezogen werden. Entweder man macht zu wenige Kontrollen oder zu viele. Sie bittet darum, die Polizei selber einschätzen zu lassen, wo es Kontrollen braucht oder nicht.

Raphael Lerch, SVP

Wird vor dem Schwingfest 2019 noch eine Information an die direkt Betroffenen erfolgen?

Dominik Gresch, Stadtrat

Für anfangs Juni 2018 war eine Infoveranstaltung geplant, dieser Termin konnte allerdings nicht eingehalten werden. Die gewünschte Informationsveranstaltung – insbesondere für die Anwohnenden und das betroffene Gewerbe – wird am 23. August 2018 durchgeführt.

Mischa Berner, DYM/glp

Die Bezirksschüler werden immer häufiger auch vom Elterntaxi in die Schule gebracht und wieder abgeholt, was zu Konflikten zwischen den Autofahrenden, den Velos und den Fussgängern führt. Die Anwohnenden empfinden die Situation als problematisch. Was unternimmt der Stadtrat dagegen?

Christiane Guyer, Stadträtin

Dieses Thema beschäftigt die Repol schon länger. Es werden jährlich diverse Aktionen durchgeführt, um dieser unerwünschten Situation entgegen zu wirken. Sollte bei der Bezirksschule ein neuer Hot-spot entstehen, wird dieser selbstverständlich von der Polizei bearbeitet.

Christian Nöthiger, SP

Weshalb wird der Mai-Termin nicht für eine Sitzung genutzt. Die Sitzungsdauer würde sich dadurch verkürzen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Bei einem Verzicht auf die Sitzung im Mai können zwischen CHF 10'000 und CHF 20'000 eingespart werden. Eine lange Sitzung dauert ca. 4 Stunden (inkl. Pause). Andere vergleichbare Parlamente führen deutlich längere Sitzungen durch. In den letzten Jahren konnten die Geschäfte jeweils mit fünf Sitzungen im Jahr abgehandelt werden. Häufig enden die Sitzungen zwischen 20.00 Uhr und 21.00 Uhr.

Viviane Höfli, SP

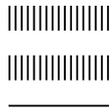
Ist in Zofingen – so wie dies in Luzern bereits erfolgreich vorhanden ist – ein Projektpool für Quartiervereine oder eine Fach- und Anlaufstelle für Quartieranliegen geplant?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Es gibt keinen Quartierpool und ein solcher ist auch nicht geplant. Fachliche Unterstützung ist aber jederzeit durch die Fachbereiche der Verwaltung möglich.

Gian Guyer, Grüne/Alternative

Gibt es eine Garantie für eine Umsetzung der Mehrwegbecher im nächsten Jahr für sämtliche Grossanlässe (Zapfenstreich, Bio-Marché, Heitere Open Air, New Orleans, Weihnachtsmarkt)?



Peter Siegrist, Stadtrat

Es wird aktuell eine Abfall- und Entsorgungsstrategie erarbeitet, in welcher diverses überprüft wird. Für 2019 ist der Pilotversuch mit Mehrwegbechern am Zapfenstreich und am Kinderfest geplant. Garantien sind nicht möglich, aber es wird alles darangesetzt, dass die Umsetzung wie gewünscht erfolgen kann. Bei den erwähnten Grossveranstaltungen muss geprüft werden, ob Fremdveranstalter entsprechend verpflichtet werden können, Mehrwegbecher zu verwenden.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Der Präsident bedankt sich für die konstruktiven Diskussionen und weist auf die nächste Einwohner-ratssitzung vom 17. September 2018 hin. Er wünscht allen ein schönes Kinderfest und schliesst die Sitzung um 21.50 Uhr.

Für getreues Protokoll:

André Kirchhofer
Ratspräsident

Fabian Humbel
Protokollführer